

Giftvertrag EU-Mercosur:

klimaschädlich, naturfeindlich und veraltet

GREENPEACE

Giftvertrag EU-Mercosur:

klimaschädlich, naturfeindlich und veraltet

Januar 2023

➔ Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Mehr als 630.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, Tel. 040/3 06 18-0 **Pressestelle** Tel. 040/3 06 18-340, F 040/3 06 18-340, presse@greenpeace.de, www.greenpeace.de
Politische Vertretung Berlin Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Tel. 030/30 88 99-0 **V.i.S.d.P.** Lis Cunha **Text** Lis Cunha **Produktion** Birgit Matyssek
Fotos TitelComposing: K.Rinne/Greenpeace (verwendete Fotos: M. Cruppe/Greenpeace; Ricardo Moraes/Reuters/pa; N. Lage/Greenpeace); Valentina Ricardo; Sebastian Pani/Greenpeace; Carlos Eduardo Fragoso/Greenpeace; Nilmar Lage/Greenpeace; Dennis Reher/Greenpeace (2); Todd Southgate/Greenpeace; Marizilda Cruppe/Greenpeace; Fernanda Ligabue/Greenpeace **Gestaltung** Klasse 3b

Inhalt

Giftvertrag EU-Mercosur	4
Ein extraktivistischer, neokolonialer Deal	5
Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes und anderer Ökosysteme	6
Pestizide	10
Lebensmittelsicherheit	11
Autos und die Mobilitätswende	12
Industrie	13
Bergbau	14
Menschenrechte, Rechte indigener Völker	14
Schwachstellen bei Umwelt- und Sozialstandards	16
Unzulängliche Analyse der Nachhaltigkeitsauswirkungen des Abkommens	16
Zusatzdokumente ändern nichts am schädlichen Charakter des Deals	17
Fehlende demokratische Kontrolle: Das steckt hinter dem „Splitting“-Vorhaben der EU-Kommission	17
Schlussfolgerungen und Forderungen	18
Die wichtigsten Greenpeace-Veröffentlichungen zum EU-Mercosur-Abkommen	19
Andere nützliche Veröffentlichungen	19

Giftvertrag EU-Mercosur:

klimaschädlich, naturfeindlich und veraltet

Straßenbau wie hier im Gebiet der indigenen Yanomami zerstören den Wald für illegale Goldgewinnung. In anderen Gebieten sind Rinderweiden oder Agrarplantagen auf dem Vormarsch.



Mehr als 20 Jahre lang haben die Europäische Union und die Mercosur-Länder (Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay) um ein Handelsabkommen gerungen. Schließlich wurde im Juli 2019 unter der Regierung Bolsonaro in Brasilien eine politische Einigung erzielt. Das ausgehandelte Abkommen ist im Prinzip ein neokoloniales, extraktivistisches Instrument: Es soll die EU-Importe von Rohstoffen und Agrarprodukten aus Südamerika sichern und gleichzeitig die EU-Exporte von Industrie- und Chemieprodukten steigern. Ein völlig falsches Signal in der aktuellen Klimadebatte und ein Relikt aus längst vergangenen Zeiten. Klima und Schutz der Artenvielfalt spielen in dem **naturfeindlichen und längst veralteten Abkommen** keine Rolle.

Ziel des Abkommens ist es, den Handel mit Agrarprodukten wie Fleisch und Soja, Chemikalien wie Pestizide sowie Verbrenner-Fahrzeugen zu fördern. Indem das Abkommen mehr und billigere solcher schädlichen Produkte fördert – statt ihre Produktion und ihren Verbrauch zu reduzieren –, steht es in direktem Widerspruch zu den Zielen des Europäischen Green Deals. Das gesamte Abkommen wäre ein Rückschritt beim Klima- und Naturschutz. Es würde vor allem die europäische Automobil- und Chemieindustrie und die südamerikanische industrielle Großlandwirtschaft profitieren.

Das geplante Abkommen wäre verheerend für Klima und Menschen. Schon jetzt importiert die EU große Mengen Rindfleisch und Futtersoja aus dem Mercosur-Handelsraum. Täglich müssen gigantische Flächen Regenwald im Amazonasgebiet und den angrenzenden Naturräumen Rinderweiden und Sojafeldern weichen. Das grüne Herz der Erde leidet unter der europäischen Konsumgier, hinzu kommen Menschenrechtsverletzungen und Landkonflikte in den Exportländern. Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten würde den Export steigern und die vorhandenen Probleme weiter verschärfen. Sollte der Vertrag in der vorliegenden Form ratifiziert werden, bedeutet das: Profit geht über alles. Kosmetische Änderungen, wie sie die EU-Kommission anstrebt, sind nichts weiter als Scheinlösungen.

Dieses Briefing fasst die bisherigen Studien, Untersuchungen und rechtlichen Analysen von Greenpeace zum EU-Mercosur-Abkommen zusammen.

Ein extraktivistischer, neokolonialer Deal

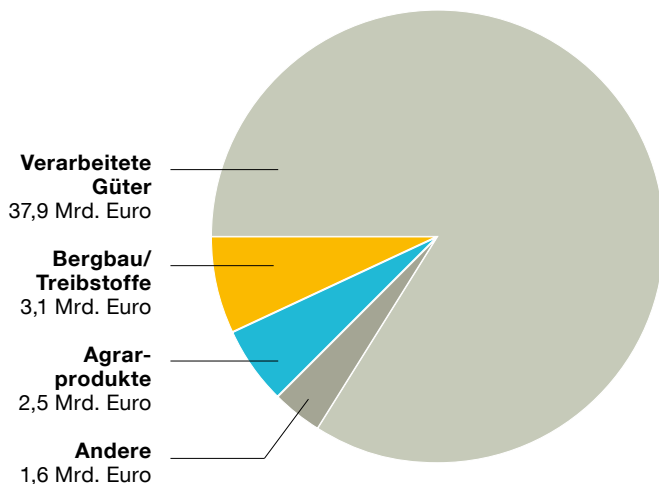
Handel auf Augenhöhe? Fehlanzeige! Das Abkommen zementiert die Rolle des Mercosur als Lieferant von Rohstoffen und Waren für die EU.

Der extraktivistische Charakter der Beziehungen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, das heißt die starke Konzentration auf die Gewinnung natürlicher Ressourcen für die EU, spiegelt sich in der extrem unterschiedlichen Palette der von den beiden Regionen exportierten Waren wider. Wie aus dieser [gemeinsamen Studie von Greenpeace und Misereor](#) und den nachstehenden Schaubildern hervorgeht, handelt es sich bei rund 84 % der EU-Ausfuhren in den Mercosur um verarbeitete Waren. Die Ausfuhren des Mercosur in die EU hingegen sind unverarbeitete Waren: Etwa drei Viertel davon sind landwirtschaftliche und mineralische Rohstoffe, wobei landwirtschaftliche Erzeugnisse den Löwenanteil ausmachen.

Die im Handelsabkommen vorgesehenen Zollsenkungen würden das Volumen der gehandelten Rohstoffe weiter erhöhen und diese asymmetrische Wirtschaftsbeziehung zwischen den beiden Regionen auf viele Jahrzehnte hinaus zementieren. Wie in dieser [Greenpeace-Analyse der Folgenabschätzungen der Europäischen Kommission](#) zusammengefasst, gibt es Studien von Akademiker:innen, die auf die Risiken der Vertiefung und Zementierung dieser Asymmetrie hinweisen: Die Mercosur-Wirtschaft wird auf die Produktion von Rohstoffen und Waren mit geringer Wertschöpfung festgelegt. So wird das EU-Mercosur-Abkommen die „alte Arbeitsteilung“ zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden weiter zementieren und kann sogar zu einer Deindustrialisierung führen.

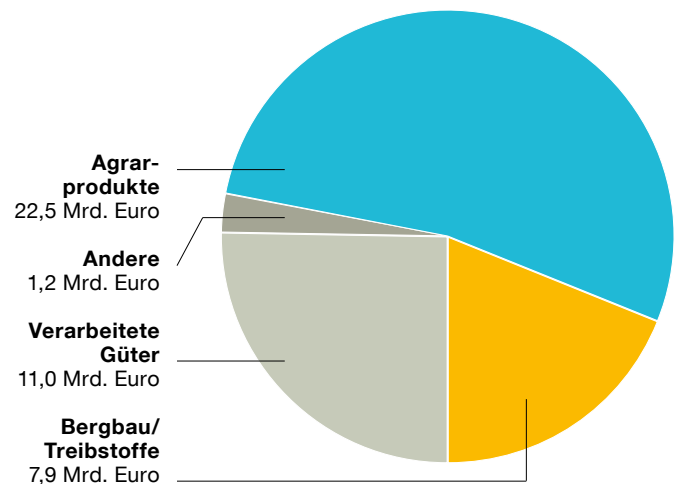
EU-28: Exporte in den Mercosur 2018

Grafik 1 → Quelle: Europäische Kommission 2019



EU-28: Importe aus dem Mercosur 2018

Grafik 2 → Quelle: Europäische Kommission 2019



Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes und anderer Ökosysteme

Mehr Handel mit Fleisch, Soja und Zuckerrohr wird nicht folgenlos bleiben. Der Deal heizt Naturzerstörung an.

Im Rahmen des Abkommens wird die EU dem Mercosur zusätzliche vergünstigte Zollquoten für Fleisch, Zucker, Reis und Bioethanol gewähren. Dies bedeutet, dass für größere Mengen dieser Produkte Zölle für die Einfuhr in die EU wegfallen und daher die Importe zunehmen. Ein Überblick in dieser [gemeinsamen Studie von Greenpeace und Misereor](#) und die nachstehende Grafik zeigen, dass die ausgehandelten Quoten für Rind- und Hühnerfleisch eine Vergrößerung um die Hälfte gegenüber bisherigen Importmengen darstellen, während die Bio-Ethanolquote von insgesamt 650.000 Tonnen eine Versechsfachung gegenüber bisherigen Importmengen ist. Als besonders problematisch erscheint die Rindfleischquote. Mit 99.000 Tonnen wäre sie mitverantwortlich für Waldzerstörung in Amazonien, da dort Wälder Ackerflächen zum Opfer fallen.

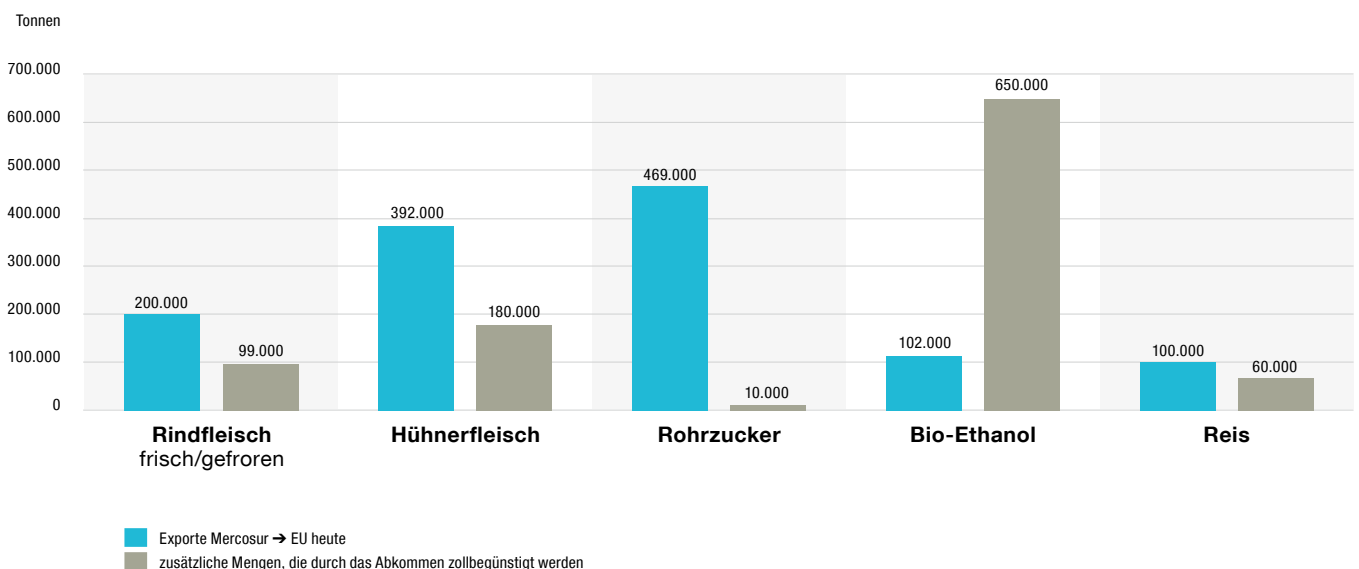
63 % der abgeholzten Flächen werden für Viehweiden genutzt, wie dieses [Greenpeace FAQ zum Abkommen](#) zeigt. Die Abholzung für Viehweiden treibt auch die Zerstörung der Trockenwälder des Gran Chaco in Argentinien und Paraguay voran.

Eine [Greenpeace-Analyse](#) der Folgenabschätzungen der Europäischen Kommission über ihre Handelsabkommen kommt zu dem Schluss, dass diese regelmäßig die potenziellen Auswirkungen auf die Entwaldung herunterspielen. Das EU-Mercosur-Abkommen ist ein prominentes Beispiel dafür: eine von der französischen Regierung eingesetzte multidisziplinäre Expertenkommission aus Wirtschaftswissenschaftler:innen, Jurist:innen und Expert:innen für Agrar-, Veterinär- und Klimafragen warnte aufgrund der Rindfleischquoten vor einem möglichen jährlichen Anstieg der Entwaldung in der Mercosur-Region um 5 % bis 25 % über einen Zeitraum von sechs Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens. Die Europäische Kommission hingegen behauptete in ihrer Bewertung, dass eine erhöhte Rinderproduktion nicht unbedingt zu mehr Entwaldung führen würde.

Darüber hinaus wird in der [gemeinsamen Studie von Greenpeace und Misereor](#) untersucht, inwieweit das Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur Klauseln enthält, die die Abholzung der Wälder begünstigen. Im Fokus stehen beispielsweise die Senkung der argentinischen Exportsteuern auf Soja und Biodiesel auf Sojabasis, wodurch die Ausweitung

Mercosur Exporte in die EU heute und zusätzliche Mengen, die durch das Abkommen zollbegünstigt werden

Grafik 3 → Quelle: Europäische Kommission 2019 / GRAIN 2019



des Sojaanbaus gefördert wird. Die Sojaanbaufläche im Mercosur, die für Exporte in die EU belegt wird, beläuft sich auf circa 13 Millionen Hektar. Das ist in etwa ein Drittel der Fläche Deutschlands. Da aber derzeit nur 13 % der EU-Sojaimporte als „entwaldungsfrei“ gelten, ist die europäische Nachfrage ein wichtiger Treiber für Rodungen, Treibhausgas-Emissionen sowie Land- und Menschenrechtskonflikte in Südamerika.

Diese von mehreren Organisationen, darunter auch Greenpeace, in Auftrag gegebene Studie über das EU-Mercosur-Abkommen und die Automobilindustrie zeigt: das Abkom-

men fördert zudem auch die Produktion und den Einsatz von Biokraftstoffen. Haupttreiber sind die geplanten zusätzlichen 200.000 Tonnen steuerbegünstigtes Bioethanol, zollfreie Importe von Biodiesel und die bereits erwähnte Senkung der argentinischen Exportsteuern auf Soja(öl). Die Bioethanolquote der EU im Rahmen des EU-Mercosur-Abkommens begünstigt die Ausweitung der brasilianischen Zuckerrohrplantagen, was mit Umweltschäden und Konflikten um Landnutzung einherzugehen droht. Die riesigen Flächen, die für diese Agrotreibstoffproduktion in Anspruch genommen werden, stehen dann nicht mehr für den Anbau von Nahrungs- und Futtermitteln zur Verfügung.

Die neue EU Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten wird dafür sorgen, dass bestimmte Rohstoffe und Produkte nur dann auf den EU-Markt gelangen, wenn sie „entwaldungsfrei“ sind und unter Einhaltung der im Produktionsland geltenden Gesetze hergestellt werden.

Dennoch gibt es Umweltauswirkungen des Handels, die das Gesetz nicht berücksichtigt und die durch das Handelsabkommen zwischen der EU und Mercosur noch verschärft werden.

1. Das neue EU-Gesetz gilt nicht für Rohstoffe wie Mais, Zuckerrohr, Reis, Geflügel und Folgeprodukte wie Bioethanol (das hauptsächlich aus Zuckerrohr und Mais gewonnen wird). Aufgrund einer Überprüfungsklausel ist es möglich, dass in Zukunft weitere Rohstoffe und Produkte in den Geltungsbereich der Verordnung aufgenommen werden. Bis dahin werden diese Rohstoffe und Produkte jedoch weiterhin auf den EU-Markt gelangen, ohne dass sie dem Standard „entwaldungsfrei“ unterliegen müssen.
2. Das neue EU-Gesetz wird sich zwar mit den Auswirkungen von Soja und Rindfleisch auf dem EU-Markt auf die Wälder des Mercosur befassen, es erfasst jedoch keine „anderen bewaldeten Flächen“ oder natürliche Ökosysteme. EU-Institutionen müssen innerhalb von einem bzw. zwei Jahren prüfen, ob das Gesetz geändert werden sollte, um „andere bewaldete Flächen“ und andere natürliche Ökosysteme einzubeziehen. Erstmal werden jedoch andere wichtige Ökosysteme, die für die Eindämmung des Klimawandels und die biologische Vielfalt von entscheidender Bedeutung sind, wie der Cerrado und der Gran Chaco, nicht durch das Gesetz erfasst.
3. Während die Rechtsvorschriften für Rindfleisch und Rindfleischerzeugnisse (einschließlich Leder) gelten werden, sind Marktteilnehmer und Händler, die diese Waren und Erzeugnisse auf den EU-Markt bringen, nicht verpflichtet, die Nachhaltigkeit der in ihrem Produktionsprozess verwendeten Futtermittel zu bewerten. Das Soja, das zur Fütterung von Rindern in den Mercosur-Ländern verwendet wird, kann daher weiterhin aus abgeholzten Flächen oder umgewandelten Ökosystemen stammen.

Die Greenpeace-Reaktion auf das neue EU-Gesetz für weltweiten Waldschutz finden Sie unter: <https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/waelder/waelder-erde/endlich-eu-gesetz-weltweiten-waldschutz>



In Argentinien fallen ganze Wälder der Fleischgier zum Opfer. Eine Greenpeace Dokumentation zeigt: in den letzten 25 Jahren hat der argentinische Fleischkonzern Inversora Juramento rund 50.000 Hektar Wald in der Provinz Salta abgeholzt.



Oben: Die Viehzucht zerstört in rasantem Tempo die Heimat der letzten 20 Jaguare des argentinischen Gran Chaco. Dem zweitgrößten Waldökosystem Südamerikas nach dem Amazonas.

Unten: Amazonas in Flammen: Überflugbilder aus Porto Velho, im Bundesstaat Rondônia. 2022 sind hier mehr als 8.000 Hektar Wald den Flammen zum Opfer gefallen.

Pestizide

Giftspritze Marsch! Das Abkommen erhöht den Einsatz gefährlicher Pestizide und damit auch die Belastung von Menschen und Natur

Das Abkommen wird zu einem weiteren Anstieg des Verbrauchs von Agrargiften führen, da die Kosten für Pestizidexporte aus der EU in den Mercosur gesenkt werden, wie in dieser [gemeinsamen Studie von Greenpeace und Misereor](#) erläutert wird. Während auf Pestizide derzeit Zölle von bis zu 18 % erhoben werden, sieht das Handelsabkommen vor, die Zölle auf mehr als 90 % der EU-Chemikaliexporte, einschließlich Pestizide, aufzuheben. In der Landwirtschaft der Mercosur-Länder werden zahlreiche hochgiftige Pestizide eingesetzt, die in der EU nicht zugelassen sind. Sie stellen ein erhebliches Gesundheitsrisiko dar, insbesondere für die Menschen, die auf den Feldern damit arbeiten, sowie für die ländlichen Gemeinden. Die Menschen in Dörfern und Siedlungen am Rande von Plantagen und Feldern leiden häufig unter der Abdrift von Pestiziden, die von Flugzeugen über den Feldern versprüht werden.

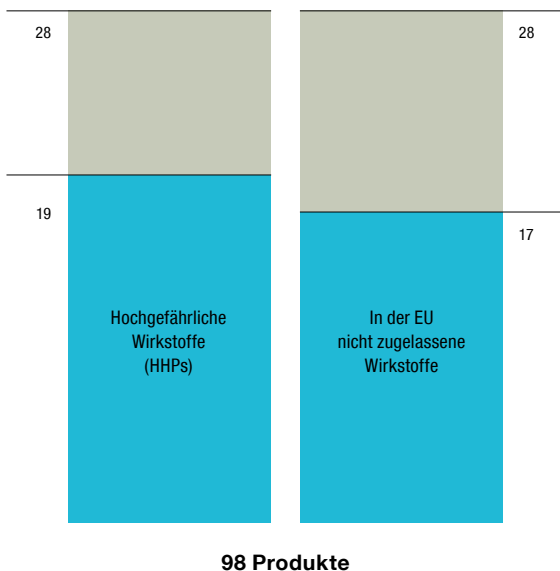
Da es derzeit kein EU-weites Verbot für die Herstellung und den Export von Pestiziden gibt, die in der EU nicht zugelassen sind, können europäische Unternehmen weiterhin Pestizide für den Export herstellen, die für die Verwendung in der EU selbst als gefährlich oder giftig gelten. Und das ist tatsäch-

lich der Fall, wie dieser [Greenpeace-Bericht über Doppelstandards bei Pestiziden](#) zeigt: Das deutsche Unternehmen BASF besitzt in Brasilien 98 Produkte, die insgesamt 28 verschiedene Wirkstoffe enthalten. Von diesen Wirkstoffen gelten 19 als hochgefährliche Pestizide, von denen 17 in der EU nicht zugelassen sind. BAYER Crop Science besitzt in Brasilien 71 Produkte mit insgesamt 27 verschiedenen Wirkstoffen. Von diesen Wirkstoffen sind 22 als hochgefährliche Pestizide gelistet, 17 davon sind in der EU nicht zugelassen.

Letztlich entsteht durch diese Doppelmoral ein giftiger Kreislauf. [Greenpeace-Recherchen zu Pestiziden aus Deutschland in brasilianischen Früchten](#) zeigten, dass kontaminiertes Obst auch in deutschen Supermärkten landet. Von 70 getesteten brasilianischen Proben von Mangos, Limetten, Papayas, Melonen und Feigen aus Supermärkten in Deutschland enthielten 59 Pestizidrückstände. Insgesamt wurden 35 verschiedene Wirkstoffe gefunden, von denen die meisten in die Kategorie der hochgefährlichen Pestizide fallen. Zwölf der gefundenen Wirkstoffe werden auch von Bayer vermarktet und sieben können auch der BASF zugeordnet werden. Elf der identifizierten Wirkstoffe sind in der EU nicht zugelassen. Einige Wirkstoffe sind hochgiftig für Bienen oder gelten sogar als krebserregend. Letztlich wird das Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur also verheerende Folgen für die Bevölkerung, die Umwelt und die biologische Vielfalt haben. Und zwar nicht nur in den Mercosur-Ländern, in denen die Pestizide eingesetzt werden, sondern auch für die Verbraucher:innen in Europa, die die mit Pestizidrückständen belasteten Agrarerzeugnisse kaufen.

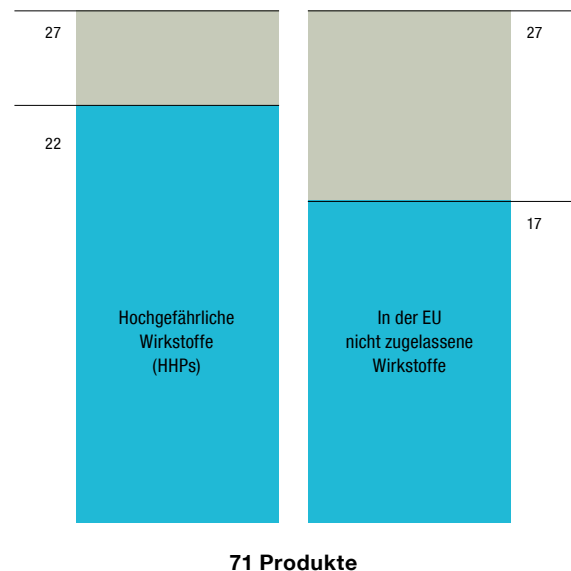
Auf BASF in Brasilien zugelassene Pestizidwirkstoffe

Grafik 4 → Stand Februar 2020



Auf Bayer Crop Science in Brasilien zugelassene Pestizidwirkstoffe

Grafik 5 → Stand Februar 2020



Lebensmittelsicherheit

Der Deal verringert die Importkontrollen und gefährdet somit unsere Lebensmittelsicherheit

Während sich die EU-Standards für den Verkauf in der EU aufgrund des Handelsabkommens technisch nicht ändern werden, werden die Einfuhrkontrollen gelockert. Zum Beispiel dürfen sich dann Exporteur:innen selbst bescheinigen, dass sie die EU-Richtlinien einhalten, etwa in Bezug auf Pestizidrückstände und Wachstumshormone, erklärt dieses [rechtliche FAQ zum EU-Mercosur-Handelsabkommen](#).

Das EU-Mercosur-Abkommen schwächt die Lebensmittelkontrollen und die Möglichkeit, kontaminierte tierische Lebensmittel zu identifizieren und vom Markt zu nehmen. Wie in dieser [gemeinsamen Studie von Greenpeace und Misereor](#) erläutert, liegt dies daran, dass Artikel 7 des SPS-Kapitels eine Beschleunigung der Ausfuhrgenehmigungen für tierische Erzeugnisse vorsieht. Dazu soll das einführende Land auf Einfuhrkontrollen verzichten, wenn das ausführende Land über seine ausführenden Parteien „ausreichende Garantien“ bietet.

Außerdem wird erwartet, dass sich die Handelspartner:innen darauf einigen, die Häufigkeit der Einfuhrkontrollen zu verringern. Dies kommt großen brasilianischen Fleischproduzenten wie JBS und BRF zugute. Diese waren schon wiederholt in Lebensmittelskandale verwickelt, wie [rechtliche Fragen und Antworten von Greenpeace zum EU-Mercosur-Handelsabkommen](#) zeigen. Im März 2017 deckte die brasilianische Polizei auf, dass Schlachthöfe, die zu den transnationalen Fleischkonzernen JBS und BRF gehören, Beamten bestochen haben, um Gesundheitsbescheinigungen für riesige Mengen Gammelfleisch zu erhalten. Dieses Fleisch war für den Export bestimmt. Im Juli 2019 deckten britische und brasilianische Journalist:innen auf, dass große Mengen mit Salmonellen infizierten Hühnerfleisch aus Brasilien unentdeckt in die EU gelangten. Laut dieser Untersuchung waren 20 % der brasilianischen Tiefkühlhühner mit Salmonellen kontaminiert. Solche Vorfälle könnten sich häufen, sobald das EU-Mercosur-Abkommen ratifiziert wird.

Das in den EU-Rechtsvorschriften verankerte Vorsorgeprinzip, auf das sich handelsbeschränkende Maßnahmen im Falle eines Risikos stützen könnten, ist im Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur nicht ausreichend berücksichtigt. Dies bedeutet, dass die EU und der Mercosur die Einfuhr kritischer Produkte wie landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht vorbeugend blockieren können. Selbst nicht wenn diese im Verdacht stehen, mit Krankheitserregern kontaminiert zu sein, Rückstände verbotener Pestizide enthalten oder die Grenzwerte für Pestizidrückstände überschreiten.



Bei Lebensmittelkontrollen werden in Früchten aus Brasilien immer wieder erhöhte Pestizidrückstände gefunden.



Symbolbild: Pestizidrückstände sind mit dem bloßen Auge für Verbraucher:innen nicht erkennbar.

Autos und die Mobilitätswende

Verbrenner-Aus? Nicht für den Mercosur. Die europäische Autoindustrie profitiert überproportional von dem Deal und zwar vor allem durch den Absatz von Autos und Autoteilen für Verbrenner im Mercosur.

Die Studie „Mobilitätswende ausgebremst: Das EU-Mercosur-Abkommen und die Automobilindustrie“ deckt auf, welche Zugeständnisse die EU-Kommission bei den Verhandlungen an die Autolobby gemacht hat, um die Gewinne der europäischen Autoindustrie zu steigern. Nicht nur haben die Autoindustrie und ihre Verbände intensive Lobbyarbeit betrieben, eine Untersuchung von E-Mails und bisher geheimen Dokumenten zeigen auch, dass Mitarbeiter:innen des deutschen Wirtschaftsministeriums und der EU-Kommission bei diesem Handelsabkommen sehr eng mit der Autoindustrie zusammen gearbeitet haben: Sie erfragten die Wünsche der Autohersteller und arbeiteten sie in die Verhandlungen mit dem Mercosur ein.

Das Abkommen sieht vor, dass der Mercosur 15 Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens die Zölle auf Autos vollständig abschafft. Derzeit erheben Brasilien und Argentinien 35 %, Uruguay 23 % und Paraguay 20 % Zölle auf Verbrenner-Fahrzeuge. Die schrittweise Abschaffung der Zölle soll nach einer Übergangszeit von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens beginnen. Während dieses Zeitraums gewährt

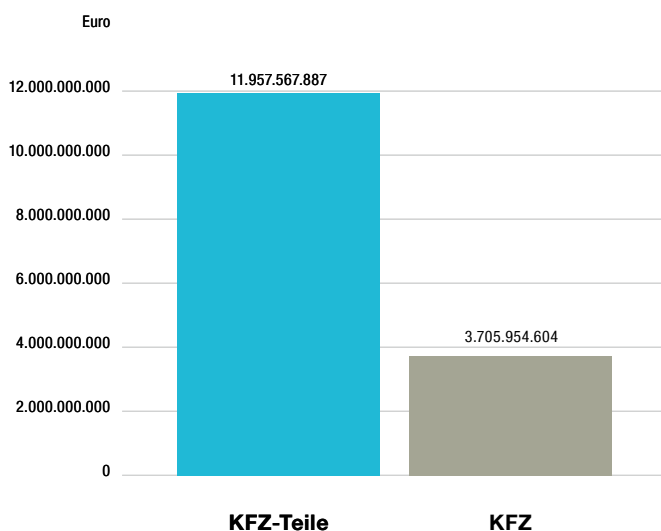
der Mercosur jedoch bereits ein Kontingent von 50.000 Autos, die zum halben Zollsatz eingeführt werden dürfen. Darüber hinaus wird das Abkommen zur Abschaffung von mehr als 80 % der Zölle auf Autoteile führen.

Die Europäische Kommission hat über die Zollsenkungen für Autos und Autoteile hinaus noch viele weitere Vorteile für die europäische Fahrzeugindustrie ausgehandelt: Zollsenkungen für die Lieferung von Rohstoffen an die Autoindustrie, günstigere Bedingungen für den Handel mit Biokraftstoffen auf der Basis von Soja oder Zuckerrohr sowie die Senkung der Handelszölle auf Rindsleder für Autositze. Darüber hinaus erklären sich die Mercosur-Länder bereit, die Zulassung von Autos auf der Grundlage schwacher EU-Tests und -Zertifikate zu akzeptieren, die es den Autokonzernen in der Vergangenheit nicht nur erleichtert haben, Abgaswerte zu manipulieren, sondern ihnen auch heute noch ermöglichen, ihre Emissionsbilanzen rechnerisch zu beschönigen.

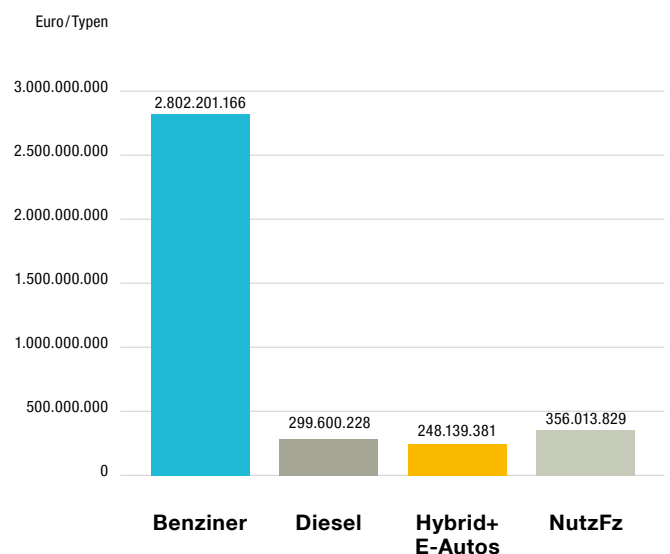
Die Studie zeigt, wie das EU-Mercosur-Abkommen den Autoherstellern langfristig einen lukrativen Absatzmarkt für klimaschädliche Verbrennungsmotoren sichert und damit eine schrittweise Abkehr vom fossil betriebenen Individualverkehr behindert. So kann die europäische Autoindustrie mit ihren fossilen Automodellen im Mercosur auf Kosten des Klimas weiterhin milliardenschwere Gewinne einfahren und gleichzeitig großzügig das Ende der Verbrennungsmotoren in der EU verkünden. Das Abkommen schwächt damit die Bemühungen um eine Verringerung der Emissionen der globalen Autoflotte insgesamt, steht einer echten Mobilitätswende im Weg und fördert falsche Lösungen wie die Verwendung von Bioethanol z.B. aus Zuckerrohr oder Biodiesel aus Soja.

EU-Kraftfahrzeugexporte in den Mercosur 2016–2020

Grafik 6 → Quelle: Oliver Worm / Greenpeace 2021



Grafik 7 → Quelle: Oliver Worm / Greenpeace 2021



Industrie

Der Deal nimmt keine Rücksicht auf die Bedürfnisse kleinerer Unternehmen und vernichtet Arbeitsplätze in Südamerika.

Es handelt sich um ein Handelsabkommen, von dem nur die größten Konzernen profitieren, die 80 % des Welthandels abwickeln. Wie dieser [Mythbuster von Greenpeace](#) erklärt, neigen nur große Konzerne dazu, die Vorteile von Handelsabkommen zu nutzen, da es für kleinere Unternehmen ohne die entsprechenden Ressourcen schwierig ist, dies zu tun. Aus diesem Grund ziehen es kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der EU im Allgemeinen vor, einfach nach den WTO-Regeln oder überhaupt nicht in Länder außerhalb der EU zu exportieren. In diesem Sinne könnte dieses Abkommen sogar ein Hindernis für den Erfolg von KMU darstellen, da es die ohnehin schon ungleichen Wettbewerbsbedingungen gegenüber Großunternehmen noch weiter verschlechtert.

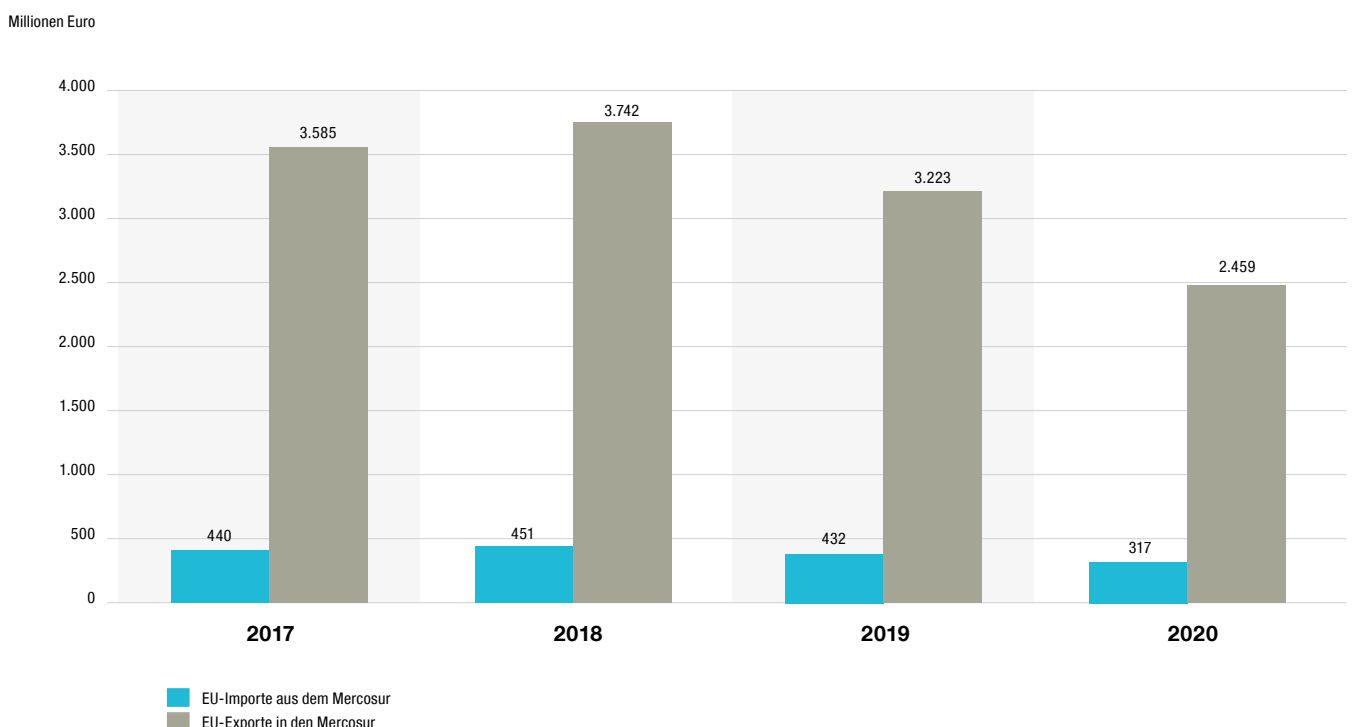
Wie der [Greenpeace Faktencheck](#) zeigt, räumt sogar die Europäische Kommission in ihrer eigenen Folgenabschätzung ein, dass durch das Abkommen wahrscheinlich keine nennenswerte Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen wird. Die Zahl der Sektoren, für die Arbeitsplatzverluste vorhergesagt werden,

widerlegt den Mythos der Arbeitsplatzschaffung, und die wenigen Zahlen, die einen Anstieg der Arbeitsplätze belegen, sind zu vernachlässigen. Selbst wenn man die Prognosen der Kommission für den besten Fall zugrunde legt, erwartet sie beispielsweise, dass die Beschäftigung im europäischen Kraftfahrzeug- und Fahrzeugbausektor aufgrund dieses Abkommens nur um 0,5 % zunehmen wird.

Für die Mercosur-Industrie und die Arbeitsplätze gibt es sogar ernsthafte Bedenken, dass das Abkommen negative Auswirkungen haben wird. Wie diese [Studie über das EU-Mercosur-Abkommen und die Automobilindustrie](#) zeigt, werden die rasche Senkung der Zölle auf Autos und Autoteile den Wettbewerbsdruck insbesondere auf die Mercosur-Automobilindustrie erhöhen. Das Abkommen wird daher auch von den Gewerkschaftsverbänden des Mercosur kritisiert. Sie sind der Meinung, dass der Umfang der Zollsenkung zu groß und das Tempo zu hoch ist, als dass sich die lokale Industrie an den verstärkten Wettbewerb anpassen könnte. Der verschärfte Wettbewerb gefährde Arbeitsplätze und erhöhe die Ausgrenzung der Arbeitsverhältnisse im Mercosur, weshalb die Unterzeichnung des Abkommens „ein Todesurteil für unsere Industrien“ sei, so die Gewerkschaften. Wie in der Studie untersucht, haben argentinische Wissenschaftler:innen geschätzt, dass insgesamt bis zu 186.000 Arbeitsplätze allein in Argentinien durch die Marktöffnung aufgrund des EU-Mercosur-Abkommens verloren gehen könnten. Die meisten davon in der Auto- und Metallindustrie.

EU-Mercosur: Handel mit Autoteilen

Grafik 8 → Quelle: Europäische Kommission, 20.5.2021



Bergbau

Das Abkommen führt zu mehr Bergbau im Mercosur und gefährdet so Menschenrechte.

Die Mercosur-Länder sind wichtige Lieferanten von Mineralien und Energierohstoffen für die EU. So stammen beispielsweise 57 % der Kaolin-Einfuhren der EU und 48 % der Eisenerz-Einfuhren allein aus Brasilien. Um die Versorgung der EU-Industrie mit billigen Rohstoffen aufrechtzuerhalten, sieht das EU-Mercosur-Abkommen ein generelles Verbot aller Steuern und Zölle auf Exporte vor. Das zeigt diese gemeinsame Studie von Greenpeace und Misereor. Die Mercosur-Länder haben in der Vergangenheit von solchen Maßnahmen Gebrauch gemacht, da sie ein wichtiges Mittel zur Erzielung von Staatseinnahmen sind. Argentinien hat zum Beispiel die Ausfuhr von Kobalt, Lithium, Kupfer und Eisenerz beschränkt. Brasilien hat die Ausfuhr von Magnesium und anderen Mineralien eingeschränkt. Im Rahmen des EU-Mercosur-Abkommens werden diese Möglichkeiten aufgehoben, um die Versorgung der europäischen Industrie mit Rohstoffen zu sichern und zu verbilligen.

Gleichzeitig werden laut Studie europäische Mineralien-Importe, insbesondere von Eisenerz, mit einigen der schwersten Menschenrechtsverletzungen entlang der Lieferketten europäischer Unternehmen in Verbindung gebracht. Das EU-Mercosur-Abkommen enthält jedoch keine verbindlichen Regeln für die Rechenschaftspflicht von Unternehmen.

Menschenrechte, Rechte

indigener Völker

Das Abkommen missachtet die Rechte indigener Völker.

Zu Menschenrechten enthält das Nachhaltigkeitskapitel des Abkommens nicht einmal einen einzigen Abschnitt. Dies ist problematisch, erklären Dr. Hoffmann und Prof. Dr. Krajewski in einem von Greenpeace und Misereor in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten, denn ohne verbindliche Verpflichtungen in den Bereichen Arbeit, Umwelt und Menschenrechte fehlt dem Handelsabkommen die Balance zwischen wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Zielen und Grundsätzen.

Wie aus den rechtlichen Fragen und Antworten von Greenpeace zum Abkommen hervorgeht, spricht das Abkommen nicht von „freie, vorherige und auf Kenntnis der Sachlage gegründete Zustimmung“ (die von den Vereinten Nationen als wesentliche Garantie für die Rechte indigener Völker über das Land, auf dem sie leben, anerkannt wird) sondern von „vorherige auf Kenntnis der Sachlage gegründete Zustimmung“. Damit schwächt das Abkommen die etablierten Menschenrechtsnormen für die Rechte Indigener und ist ein Hinweis darauf, dass sie bei dem Handelsabkommen keine Priorität haben. Die Europäische Kommission hat auch gar keine Anstrengungen unternommen, um diese Gruppen zum Inhalt des Abkommens zu konsultieren.

Der Schutz der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften und ihrer Lebensgrundlagen sind unerlässlich, um Wälder und Ökosysteme weltweit zu erhalten und sich regenerieren zu lassen. Wie jedoch dieser Greenpeace Faktencheck zeigt, ist das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mercosur nicht das geeignete Instrument, um dies zu erreichen. Tatsächlich wird sich das Abkommen negativ auf die indigenen Gemeinschaften in den Mercosur-Ländern auswirken, zum Beispiel durch die Ausweitung des Zuckerrohranbaus für Bioethanol, unter dem die Indigenen Brasiliens bereits jetzt leiden. Dazu gehören die Guarani-Kaiowá im Bundesstaat Mato Grosso do Sul, deren traditionelle Territorien zunehmend dem Zuckerrohranbau und anderen Plantagen zum Opfer fallen, wie die gemeinsame Studie von Greenpeace und Misereor zeigt.



Oben: Größte Umweltkatastrophe Brasiliens: 2015 brachen die Dämme zweier Rückhaltebecken einer Eisenerzmine im Bezirk Mariana. Der giftige Schlamm begrub 19 Menschen und einige Dörfer unter sich. Bis heute kämpfen Betroffene um ihre Rechte.

Unten links: Die Guarani Kaiowa kämpfen um den Erhalt ihres Landes im Cerrado des südlichen Mato Grosso. Eine Region in Brasilien, in der die Agrarindustrie weiter massiv Indigene verdrängt.

Unten rechts: Brasilien 2019: Ein weiterer Dammbbruch einer Eisenerzmine. Ein Auto wird vom giftigen Schlamm mitgerissen und landet im Paraopeba-Fluss.

Schwachstellen bei Umwelt- und Sozialstandards

Die im Abkommen aufgeführten Bestimmungen zu ökologischen und sozialen Fragen sind unwirksam.

Das Abkommen formuliert Verpflichtungen und Zusagen, die sich auf multinationale Umwelt- und Arbeitsvereinbarungen beziehen, meist unverbindlich, wie in diesem Rechtsgutachten untersucht wird. Viele der Bestimmungen enthalten lediglich „Bestrebungen“-Klauseln und sind bloße Absichtserklärungen oder bleiben vage und bringen de facto keine verbindliche Verpflichtung mit sich. So heißt es beispielsweise in Artikel 7 (Handel und biologische Vielfalt) des Kapitels Handel und nachhaltige Entwicklung, dass die Vertragsparteien „(a) die Nutzung von CITES als Instrument zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt fördern“, anstatt das entsprechende Übereinkommen tatsächlich umzusetzen.

Das Nachhaltigkeitskapitel enthält einige Verpflichtungen zur „wirksamen Umsetzung“ multilateraler Umweltabkommen, darunter das Übereinkommen über die biologische Vielfalt und das Pariser Abkommen über den Klimawandel. Wie aus den rechtlichen Fragen und Antworten von Greenpeace zum EU-Mercosur-Abkommen hervorgeht, verpflichtet Artikel 6.2(a) im Nachhaltigkeitskapitel jede Vertragspartei zur „wirksamen Umsetzung“ der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) und des Pariser Klimaschutz-Abkommens. De facto ist aber auch diese Verpflichtung wirkungslos, da die Vertragsparteien im Falle einer Missachtung keine Sanktionen befürchten müssen: Wie im Rechtsgutachten erläutert, werden zur Klärung von Streitigkeiten über die Nachhaltigkeitsbestimmungen lediglich Konsultationen eingeleitet. Diese können die Einsetzung eines Expert:innen-gremiums zur Folge haben, welches einen Bericht mit Empfehlungen an die Parteien erstellt. Handelssanktionen im Falle einer Verletzung der Verpflichtungen durch eine Partei im Rahmen des regulären Streitbeilegungsverfahrens des Abkommens sind jedoch nicht möglich.

Wie in dieser gemeinsamen Studie von Greenpeace und Misereor dargelegt, hat diese Schwäche praktische Konsequenzen. Obwohl es beispielsweise wissenschaftlich unwiderlegbar ist, dass der Anbau von Futtersoja im Mercosur und dessen Einfuhr in die EU die biologische Vielfalt und das Klima gefährdet, erlaubt das Handelsabkommen keine Handelsbeschränkungen. Weder für die EU noch für den Mercosur. In seiner jetzigen Form enthält das Abkommen nicht einmal einen Ausstiegspfad aus den bestehenden umweltschädlichen Handelsbeziehungen.

Unzulängliche Analyse der Nachhaltigkeitsauswirkungen des Abkommens

Die EU spielt mögliche negative Auswirkungen des Abkommens auf Menschen, Umwelt und Klima herunter.

Die Europäische Kommission nimmt häufig Handelsverhandlungen auf, lange bevor die entsprechende Nachhaltigkeitsprüfung des vorgeschlagenen Abkommens abgeschlossen ist. Diese von Greenpeace in Auftrag gegebene Studie untersuchte solche Prüfungen. Im Fall des EU-Mercosur-Abkommens schloss die Europäische Kommission die Handelsverhandlungen sogar schon 2019 ab, obwohl die Nachhaltigkeitsprüfung erst mehr als anderthalb Jahre später fertiggestellt wurde. Dies zeigt, dass ihre Ergebnisse in den Verhandlungen wahrscheinlich nicht berücksichtigt wurden. Das bemängelt auch die EU-Ombudsfrau Emily O'Reilly.

Eine Analyse der Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung der Europäischen Kommission deckte neben dem mangelhaften Zeitplan auch verschiedene Mängel in Bezug auf die Qualität dieser Abschätzungen auf. Die Autor:innen kamen zu dem Schluss, dass es bei der Analyse von schwer zu modellierenden Auswirkungen – wie z. B. Entwaldung, Verlust der biologischen Vielfalt und Verletzung von Menschenrechten – wenig Standardisierung gibt. Dies führt häufig zu einer oberflächlichen Analyse der potenziellen Auswirkungen. Dies ist auch bei der Folgenabschätzung für das EU-Mercosur-Abkommen der Fall. In dieser wurde beispielsweise nicht einmal untersucht, welche Auswirkungen das Abkommen auf die biologische Vielfalt haben könnte. Das Fehlen einer solchen Analyse passt nicht zu den besonders starken negativen Auswirkungen, die von diesem Abkommen auf die biologische Vielfalt zu erwarten sind. Denn landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Soja, Rindfleisch und Zuckerrohr werden durch das Abkommen gefördert und ihr Anbau bedroht die ökologisch bedeutsamen Biome der Mercosur-Länder in besonderem Maße.

Eine weitere entscheidende Schwachstelle der Folgenabschätzung für das EU-Mercosur-Abkommen besteht darin, dass die Auswirkungen auf den Klimawandel durchweg unterschätzt wurden. Die Bewertungen berücksichtigen weder die Treibhausgasemissionen, die aus dem verstärktem internationalen Warentransport entstehen, noch solche aus Landnutzung oder Landnutzungsänderungen (z. B. Abholzung von Wäldern und Umwandlungen in landwirtschaftliche Flächen). Diese Emissionsquellen außen vor zu lassen, ist höchst problematisch, denn beispielsweise in Brasilien verursacht die Zerstörung von Ökosystemen durch Abholzung und Feuer massive Emissionen. Die Auswirkungen des EU-Mercosur-Abkommens auf das Klima sind daher enorm. Denn angesichts der erwarteten Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere der Fleisch-, Zuckerrohr- und Sojaproduktion besteht ein hohes Risiko für weitere Naturzerstörung für neue Agrarflächen.

Zusatzdokumente ändern nichts am schädlichen Charakter des Deals

Die Pläne der EU, Nachhaltigkeitsaspekte über ein Zusatzprotokoll zu verbessern, sind Augenwischerei.

Das von Greenpeace und Misereor in Auftrag gegebene Rechtsgutachten von Dr. Hoffmann und Prof. Dr. Krajewski befasst sich mit den verschiedenen Optionen zur Verbesserung des Abkommens, die derzeit auf politischer Ebene diskutiert werden. Nach Ansicht der Wissenschaftler:innen wäre eine bloße Interpretationserklärung zum Nachhaltigkeitskapitel nicht sinnvoll, da sie die inhaltlichen Standards nicht ändern und keinen verbindlichen Durchsetzungsmechanismen schaffen würde. Ein separates Instrument wie ein Zusatzprotokoll, das Ergänzungen oder Änderungen am Nachhaltigkeitskapitel vornehmen würde – in Bezug auf den Inhalt, den Durchsetzungsmechanismus oder beides –, könnte dagegen Widersprüche hervorrufen, wenn es nicht hinreichend präzise formuliert ist. Außerdem könnte dies zu Kohärenzproblemen zwischen den verschiedenen Bestimmungen der Texte führen. Daher kommen die Autor:innen zu dem Schluss, dass die einzige glaubwürdige Option für ein klima- und menschenrechtsorientiertes Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur eine vollständige Neuverhandlung wäre. Das Rechtsgutachten enthält zwar detaillierte Empfehlungen für ein verbessertes Nachhaltigkeitskapitel mit verbindlichen Verpflichtungen und einem wirksamen Streitbeilegungssystem, stellt aber auch fest, dass selbst das beste Nachhaltigkeitskapitel allein die Nachhaltigkeit des Abkommens nicht garantiert.

Es reicht nicht aus, Klauseln zur nachhaltigen Entwicklung in einem geschlossenen Kapitel festzulegen, ohne die nachhaltige Entwicklung in andere Kapitel des Freihandelsabkommens zu integrieren, erklären die Expert:innen. Ein umfassender Ansatz muss alle Details des Abkommens berücksichtigen. Die Anforderungen an den Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechtsschutz müssen in den gesamten Text des Abkommens integriert werden. Die Rechtsexpert:innen empfehlen den Vertragsparteien, den Inhalt der anderen Kapitel über das Nachhaltigkeitskapitel hinaus zu bewerten und Neuverhandlungen in Betracht zu ziehen.

Fehlende demokratische Kontrolle: Das steckt hinter dem „Splitting“ der EU-Kommission

Die Absicht der Europäischen Kommission, durch Änderung des Abstimmungsverfahrens die demokratische Kontrolle zu umgehen, ist ein Angriff auf die Demokratie.

Die Europäische Kommission erwägt derzeit eine Änderung des Abstimmungsverfahrens für das EU-Mercosur-Abkommen. Wie in dieser Erklärung von Greenpeace und mehr als 200 anderen Organisationen erläutert, würde der sogenannte „Splitting“-Versuch der Europäischen Kommission bedeuten, dass der Handelsteil des EU-Mercosur-Abkommens ohne die Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten im Rat der EU und ohne jegliche Ratifizierung durch die nationalen Parlamente angenommen würde. Dies wäre ein Angriff auf die Demokratie und eine schwerwiegende Abkehr von den Regeln für handelspolitische Entscheidungen wie bei EU-Mercosur. Derzeit müssen Assoziierungsabkommen einstimmig von den EU-Regierungen sowie von einer Mehrheit im Europäischen Parlament und von allen Parlamenten auf nationaler Ebene gebilligt werden.

Im Falle des EU-Mercosur-Abkommens zum Beispiel würde diese Aufspaltung den Widerstand der Parlamente in Österreich, den Niederlanden, und den belgischen Parlamenten in Wallonien und Brüssel umgehen, da ihre Zustimmung nicht mehr erforderlich wäre. Das Gleiche gilt für die derzeitigen Positionen einiger Regierungen, z. B. der französischen. Sie hatte erklärt, dass sie das EU-Mercosur-Abkommen in der derzeitigen Form nicht ratifizieren kann. Doch mit dem „Splitting“ würde ihr Vetorecht im Rat der Europäischen Union wegfallen. Greenpeace und mehr als 200 zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren in der Erklärung, dass der gesamte Prozess einer möglichen Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens auf dem gemeinsamen Verständnis basierte, dass die Mitgliedstaaten entweder im Rat oder durch Ablehnung einer Ratifizierung auf nationaler Ebene die Möglichkeit haben müssten, ein Veto einzulegen.

Im Hinblick auf diese mögliche Aufspaltung bestätigen die Rechtsexpert:innen in diesem Rechtsgutachten ebenfalls, dass das der EU-Kommission 1999 erteilte Verhandlungsmandat von einem Assoziierungsabkommen spricht. Der EU-Rat für Auswärtige Angelegenheiten hat 2018 nochmals ausdrücklich bestätigt, dass es sich um ein sogenanntes gemischtes Abkommen handelt, welches nicht für eine Aufspaltung vorgesehen ist. Ein Splitting des Abkommens würde daher im Widerspruch zur Einschätzung des Rates stehen, wobei die rechtlichen Auswirkungen der Abweichung vom Mandat unklar sind. Eine Aufspaltung des Abkommens würde zudem den Teil der politischen Zusammenarbeit schwächen, der erst

viel später oder gar nicht ratifiziert werden würde, so die Rechtsexpert:innen. Darüber hinaus würde ein geteiltes Abkommen keine Verweise auf den Schutz der Menschenrechte enthalten, da das Nachhaltigkeitskapitel des Handelsteils keine derartigen Klauseln beinhaltet. Aus diesem Grund sind die Rechtsexpert:innen der Ansicht, dass ein Splitting des Abkommens eine Bedrohung für die nachhaltige Entwicklung im gegenwärtigen Kontext darstellen würde.

Schlussfolgerungen und Forderungen

Wie in diesem Briefing und in umfangreichen Studien und Berichten von Greenpeace dargelegt, ist das EU-Mercosur-Abkommen auch mit einer neuen Regierung in Brasilien völlig inakzeptabel. Ohne ein radikales Umdenken wird das Abkommen die soziale Ungerechtigkeit sowie die weitere Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes und anderer lebenswichtiger Ökosysteme vorantreiben und die Klima- und Naturkrise beschleunigen.

Der gewählte brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat Bedenken gegen das Abkommen geäußert. In seiner Siegesrede betonte er, er wolle einen gerechteren Handel und sei nicht an Handelsabkommen interessiert, die Brasilien zur „ewigen Rolle des Exporteurs von Waren und Rohstoffen“ verdammten. Während seiner Wahlkampagne deutete Lula an, dass er den Text mit der EU neu verhandeln wolle.¹

Würde man das Abkommen nachhaltiger gestalten wollen, müssten die EU- und die Mercosur-Staaten das Abkommen grundlegend überarbeiten und ökologische und soziale Belange in den Mittelpunkt rücken. Die derzeitige Absicht der Europäischen Kommission, die Nachhaltigkeitslücken des EU-Mercosur-Abkommens durch ein „zusätzliches Instrument“ zu schließen, ist ein Scheinprozess, der die gravierenden Mängel des Abkommens nicht beheben kann.

Wie die Kampagnerinnen von Greenpeace Brasilien und Greenpeace Deutschland [in diesem Blog](#) darlegen, ist eine vollständige Neuverhandlung des EU-Mercosur-Textes erforderlich, wenn es den Entscheidungsträger:innen mit einem nachhaltigen Handel ernst ist. Der Schutz der Natur und des Klimas kann nicht länger warten: Politiker:innen auf beiden Seiten des Atlantiks sollten ein EU-Mercosur-Abkommen, das natur- und klimaschädliche Produkte fördert und dem dringend notwendigen sozial-ökologischen Wandel verhindert, vehement ablehnen.

Um die Natur, das Klima und die Menschenrechte (insbesondere die Rechte indigener Völker) zu schützen, braucht es letztlich ganz andere Instrumente und Maßnahmen als Handelsabkommen.

¹ <https://g1.globo.com/politica/eleicoes/2022/noticia/2022/08/22/lula-diz-que-se-eleito-ira-rediscutir-acordo-entre-mercosul-e-uniao-europeia.ghtml>

Die wichtigsten Greenpeace-Veröffentlichungen zum EU-Mercosur-Abkommen

(Englisch) Was Lulas Sieg in Brasilien für das Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur bedeuten sollte, 2022:
<https://www.greenpeace.org/eu-unit/issues/climate-energy/46449/what-lulas-victory-in-brazil-should-mean-for-the-eu-mercoshur-trade-deal/>

Mobilitätswende ausgebremst: Das EU-Mercosur-Abkommen und die Autoindustrie, von Thomas Fritz, 2022:
<https://www.greenpeace.de/publikationen/mobilitaetswende-ausgebremst>

Die handelsbezogenen Nachhaltigkeitsbewertungen der Europäischen Kommission: Eine kritische Überprüfung, 2022:
<https://www.greenpeace.de/ueber-uns/leitbild/handel-kosten-umwelt>

Rechtsgutachten und Vorschläge für eine mögliche Verbesserung oder Neuverhandlung des Entwurfs des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens, von Dr. Hoffmann und Prof. Dr. Krajewski, 2021:
https://www.greenpeace.de/publikationen/rechtsgutachten_eu-mercoshur_de_final.pdf

EU-Mercosur-Abkommen: Risiken für Klimaschutz und Menschenrechte, von Thomas Fritz, 2020:
<https://www.greenpeace.de/publikationen/greenpeace-misereordka-studie-eu-mercoshur-abkommen-0620.pdf>

(Englisch) EU-Mercosur-Mythbuster, 2020:
<https://www.greenpeace.org/eu-unit/issues/democracyeurope/45118/eu-mercoshur-mythbuster/>

(Englisch) EU-Mercosur-Abkommen: Rechtliche Fragen und Antworten, 2020:
https://www.greenpeace.de/sites/default/files/publications/eu-mercoshur_free_trade_agreement_legal_qa_greenpeace_june_2020.pdf

EU-Mercosur: Zweierlei Maß bei Ackergiften, 2020:
https://www.greenpeace.de/publikationen/20200521-greenpeace-flyer-eu-mercoshur-kurzanalyse_0.pdf

Andere nützliche Veröffentlichungen

EU-Mercosur-Handelsabkommen:
 Ein wirtschaftlicher Teufelskreis, 2022:
<https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/waelder/waelder-erde/eu-mercoshur-abkommen>

Stopp EU-Mercosur: Erklärung von 450+ Organisationen:
<http://stopeuercoshur.org/>

Offenen Brief von 192 Ökonom:innen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des EU-Mercosur Abkommens:
<http://s2bnetwork.org/wp-content/uploads/2020/11/Offener-Brief-SIA-8-November.pdf>

(Englisch) Gemeinsame Erklärung von Gewerkschaften zum EU-Mercosur Abkommen:
<https://www.etuc.org/en/publication/cono-surccscs-etuc-joint-statement-bi-regional-association-agreement-between-european>

Offene Erklärung von 200+ Organisationen gegen das Splitting-Manöver der EU-Kommission:
<http://s2bnetwork.org/200-zivilgesellschaftliche-organisationen-fordern-eu-handelsabkommen-durfen-demokratische-teilhaberechte-nicht-untergraben/>